



Ausschuß für Migrationsangelegenheiten

32. Sitzung (nichtöffentlicher Teil)*)

29. Oktober 1998

Düsseldorf - Haus des Landtags

12.10 Uhr bis 12.20 Uhr

Vorsitz: Christiane Bainski (GRÜNE)

Stenograph: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksachen 12/3300 und 12/3400 (Ergänzungsvorlage)

Vorlagen (Erläuterungsbände) 12/2223 und 12/2224

Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses -:
Kapitel 15 060 und Kapitel 15 510

Der Ausschuß setzt seine Haushaltsberatungen mit der Einzelberatung von Haushaltsansätzen fort.

*) öffentlicher Teil s. APr 12/1014

Aus der Diskussion

Nach seiner öffentlichen Anhörung zum Thema "Die Förderung der deutschen Kultur des Ostens gemäß § 96 BVFG braucht Verlässlichkeit" in Anlehnung an den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 12/3113, sowie der Behandlung des Themas "Verbesserung der Integration von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien" unter Berücksichtigung eines Antrags der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 12/3067, setzt der **Ausschuß** seine Beratungen mit einem nichtöffentlichen Teil fort:

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1999 (Haushaltsgesetz 1999) und Gesetz zur Sicherung des Haushalts (Haushaltssicherungsgesetz 1999)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 12/3300 und 12/3400 (Ergänzungsvorlage)

Vorlagen (Erläuterungsbände) 12/2223 und 12/2224

Einzelplan 15 - Zuständigkeitsbereich des Ausschusses -:
Kapitel 15 060 und Kapitel 15 510

Titelgruppe 61: Durchführung von Aufgaben nach § 96 BVFG

Angesichts der zuvor durchgeführten Anhörung hält es Abgeordneter **Georg Gregull (CDU)** für unverantwortlich, im Zusammenhang mit § 96 BVFG nicht für eine zusätzliche Förderung zu sorgen. Die dadurch provozierte Entwicklung sei rückwärts gerichtet und für die betroffenen Menschen katastrophal.

Titelgruppe 62: Untersuchungen, Veranstaltungen und Informationsmaßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Eingliederung von Zuwanderern

Oliver Wittke (CDU) zeigt sich zufrieden darüber, daß die Landesregierung Anregungen der CDU-Fraktion aus vergangenen Haushaltsberatungen gefolgt sei.

Titelgruppe 63: Förderung von Maßnahmen und Initiativen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf

Oliver Wittke (CDU) möchte Auskünfte darüber, wie weit die Arbeit der Antidiskriminierungsbüros und der Stadtteilarbeit evaluiert worden seien. Wann werde es einen Zwischenbericht beziehungsweise den Abschlußbericht geben.

Regierungsangestellter Rütten (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport) teilt mit, das Landesinstitut für Zuwanderung sei gerade mit der Erstellung des Zwischenberichts befaßt, der Ende des nächsten Jahres vorliegen werde. Wegen Verzögerungen beim Aufbau des Landeszentrums habe man dort erst verspätet mit der Evaluation beginnen können. Diese Arbeit werde sich bis ins nächste Jahr hineinziehen.

Titelgruppe 64: Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer/innen und Migranten/-innen

Oliver Wittke (CDU) bittet um eine Erläuterung, wie die Ausweisung von zusätzlichen 430 000 DM für das Zentrum für Türkeistudien zustande komme.

In der Sache, teilt **Staatssekretär Dr. Baedeker** mit, habe sich nichts geändert. Um der Klarheit willen sei eine neue Ziffer ausgewiesen worden. Diese Mittel seien vorher unter einem globaleren Titel subsumiert worden. Es handele sich nicht um einen institutionellen Zuschuß, sondern einen Mittelfluß im Rahmen eines Kooperationsvertrages. Entsprechend dieses Kooperationsvertrages würden Projekte bearbeitet.

Im Zusammenhang mit dem

Kapitel 15 510 - Landesstelle für Aussiedler, Zuwanderer und ausländische Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen -

ergeben sich keine Nachfragen. - Der **Ausschuß** wird sich am 26. November unter Berücksichtigung von Anträgen aus den Fraktionen abschließend mit dem Haushalt in den ihn betreffenden Teilen befassen.

Der **Ausschuß** setzt seine Sitzung sodann wieder öffentlich fort. - Siehe APr 12/1014.

gez. Bainski
Vorsitzende

23.11.1998/26.11.1998